2. Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten

Motion Tobias Infortuna (SVP, Egg), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Domenik Ledergerber vom 24. November 2025

KR-Nr. 379/2025, Entgegennahme, Diskussion, *Fortsetzung der Beratung vom Vormittag*

Daniela Sun-Güller (GLP, Zürich): Ich habe mich relativ spontan dazu entschieden, heute zu sprechen. Eigentlich war dies nicht vorgesehen, und jetzt war noch die Mittagspause dazwischen. So konnte ich zwar meine Gedanken zu dieser Debatte nochmals einordnen. Mir ist insbesondere die Selbstbestimmung sehr wichtig, welche ein wichtiger Grundwert unserer Schweizer Gesellschaft ist. Nun, wie kann ein Verbot die Selbstbestimmung insbesondere von Frauen und Mädchen unterstützen? Ist dies nicht ein Oxymoron? Und hier ist eben die schwierige Frage: Wie kann diese Freiheit besser geschützt werden, wirklich durch ein Verbot? Die Debatte zeigt, es gibt gute Argumente dafür und dagegen. Unsere Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe bestimmt.
Persönlich habe ich diese Frage trotzdem mit einer Unterstützung der Motion beantwortet. Dies ist eine schwere Aufgabe, und ich masse mir nicht an, zu wissen, was besser ist. Die Motion packt ja leider zwei Teile in ein Päckli, nämlich die Lehrerinnen und die Schülerinnen. Ich kann mir persönlich nicht vorstellen, dass eine Lehrerin mit Kopftuch unseren Kindern die Selbstbestimmung und Schweizer Gesellschaftswerte vermitteln kann. Viele argumentieren auch, dass es Mädchen gibt, die das Kopftuch freiwillig tragen, aber wenn freiwillig, dann bedeutet es, dass sie sich freiwillig einer religiösen Kleidervorschrift anschliessen. Es ist und bleibt eine Vorschrift und hat nichts mit Selbstbestimmung zu tun. Die Argumentation gehört somit zur Religionsfreiheit. Und damit bleibt dann die Frage, was höher gewichtet werden soll, die Selbstbestimmung oder die Religionsfreiheit. Und das ist nochmals schwieriger zu beantworten. Nun, ich hätte vielleicht lieber nichts gesagt, aber meine Zustimmung zur Motion bleibt bestehen, und ich hoffe, dass unsere Regierung die schwierige Aufgabe meistern kann und eine schweizerisch gute Lösung findet.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Wenn selbst ein überwiegend muslimisches Land wie der Kosovo ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen erlässt, dann tut er es nicht aus Ablehnung der Religion, sondern aus Schutz der Freiheit. Das oberste Gericht des Kosovo hat klar festgehalten: Die Schule muss ein neutraler Raum sein, frei von religiösem Druck, der Konflikte erzeugt oder Kinder in Rollen drängt, die sie selbst nicht gewählt haben. Das Gericht sagt, Religionsfreiheit sei ein hohes Gut, aber sie ende dort, wo die Freiheit von Kindern beginne. Und es sagt ebenso, dass der Staat die Pflicht habe, ein Lernumfeld zu schützen, in dem alle gleich sind, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder religiöser Prägung. Wenn ein muslimischer Staat zu diesem Schluss kommt, dann tut er dies

aus eigener Erfahrung, weil er weiss, wie schnell religiöse Symbole politisiert werden können, weil er weiss, wie verletzlich junge Mädchen sind, wenn gesellschaftlicher Druck wächst, und weil er weiss, dass die Schule der Ort sein muss, an dem Kinder zuerst Bürger werden und nicht Vertreter einer religiösen Identität. Genau deshalb sollten wir in der Schweiz dieselbe Konsequenz haben, nicht gegen die Religion, sondern für die Freiheit der Kinder, für die Neutralität des Staates und für ein Schulumfeld, das niemanden ausgrenzt und niemanden festlegt.
Ein Kopftuchverbot an Schulen ist kein Angriff auf den Glauben. Es ist ein Schutzraum für die Jüngsten, ein Bekenntnis zur Gleichberechtigung und ein klares Zeichen, dass die Schule ein Ort der gemeinsamen Werte bleibt, nicht der sichtbaren Unterschiede. Und zu Thomas Forrer möchte ich einfach noch in Erinnerung rufen – ich habe das hier drin auch schon gesagt –, dass ich schon das Vergnügen und die Ehre hatte, oder habe das Vergnügen nach wie vor, in Betrieben zu arbeiten, die mehrheitlich muslimische Angestellte haben. Und ich sage Ihnen eines: Sowohl die türkische wie auch die kosovarische Kommunität sind für dieses Kopftuchverbot. Sie sind für die Freiheit – sowohl Männer wie Frauen. Das ist eine Realität, die wir auch zur Kenntnis nehmen müssen. Und darum bitte ich Sie, sagen Sie Ja zu dieser Motion, sagen Sie Ja zur Freiheit von Mädchen und Ja zu diesem Kopftuchverbot an Schulen.

Claudio Zihlmann (FDP, Zürich): Ich suche jetzt zunächst meinen lieblingsgrünen Politiker – der sitzt bei der AL, das löst ja einige Fragen aus *(Heiterkeit)*. Lieber Thomas Forrer, du hast uns mit der selektiv liberalen Partei verwechselt, aber da kann ich dich entsprechend ein bisschen korrigieren. Die Partei, die selektiv liberal ist, sitzt auch im Saal, ist aber im Kanton Zürich im Jahr 2004 gegründet worden. Dann hast du auch noch gesagt, dass wir jeden Vorstoss der SVP unterzeichnen würden. Das ist natürlich offensichtlich nicht der Fall. Das Problem von eurer Seite ist aber wahrscheinlich, dass ihr keinen einzigen Vorstoss von der SVP, von uns oder von der Mitte unterstützt. Wahrscheinlich diskutiert ihr diese nicht mal wirklich. Ich kann dir, Thomas, sagen, dass wir eure Vorstösse diskutieren. Wir diskutieren auch deine Vorstösse. Leider muss ich dir aber sagen, dass sie nicht immer eine Mehrheit finden.
Heute geht es um die Frage, welchen Raum wir religiösen Symbolen an Orten zugestehen, die die Basis unserer demokratischen und aufgeklärten Gesellschaft bilden. Die Schule ist konfessionell neutral, Lehrpersonen sind Staatsangestellte und Repräsentanten unseres liberalen Rechtsstaates. Sie nehmen so eine Vorbildfunktion ein und prägen die Kinder in dieser so wichtigen Phase. Wer im Klassenzimmer ein hochgradig politisiertes und religiöses Symbol wie das Kopftuch trägt, kratzt am Gebot der staatlichen Neutralität. Ein Verbot für Lehrpersonen schafft jedoch Klarheit und stärkt das Vertrauen der Eltern in die Unabhängigkeit der Volksschule. Deshalb sollte eine Magistratsperson als Zeichen der staatlichen Gewalt in der Schule kein Kopftuch tragen.

Interessant ist da schon die SP, die bekanntlich eine spektakuläre, aber seidenfeine Pirouette hingelegt hat und diese ehemalige Kernforderung plötzlich nicht mehr unterstützt und dabei auch zahlreiche Mitglieder verärgert hat. Für die Sozialdemokraten galt das Verbergen der Haare früher oft als tendenziell frauenfeindlich oder patriarchal. Jetzt ist anscheinend ganz plötzlich alles völlig anders. Sie lehnen heute auch diesen Teil des Vorstosses sogar aus feministischen Gründen ab, der vor einigen Monaten noch ein feministischer Traum war. In einer staatlichen Institution wie der Schule wollen wir für Gleichberechtigung und Gleichstellung sorgen. Die Schule muss ein von möglichen patriarchalischen Rollenbildern unbeschwerter Ort sein. Für mich bedeutet das nicht, gegen gläubige Musliminnen oder Muslime zu argumentieren, im Gegenteil. Ein liberaler Staat schützt die Religionsfreiheit, aber ebenso die Freiheit, sich gegen religiöse Vorschriften entscheiden zu können. Gerade Mädchen müssen die Möglichkeit haben, ihre Persönlichkeit unabhängig und selbstbestimmt zu entwickeln. Und nicht zuletzt geht es heute auch um Werte. Es geht um Werte, die nicht verhandelbar sind: Gleichstellung von Mann und Frau, individuelle Freiheit und die Trennung von Kirche und Staat. Für diese Errungenschaften wurde in der Schweiz jahrzehntelang, und noch viel länger, hart gekämpft. Die Schule ist ein zentraler Ort, an dem genau diese zentralen Werte vermittelt und vorgelebt werden.
Wer Teil unserer Gesellschaft sein will, muss akzeptieren, dass unsere öffentlichen Schulen säkulare Räume der Gleichberechtigung sind. Und genau deshalb bedanke ich mich, dass Sie die Motion unterstützen.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Lieber Herr Zihlmann, hast du heute Morgen nicht aufgepasst? Ein grosser Teil unserer Fraktion hat das Handy-Postulat *(KR-Nr. 367/2025)* unterstützt, einfach zur Erinnerung.
Nun zum Thema. Im Iran werden Frauen gezwungen, das Kopftuch zu tragen. Wer es ablegt, riskiert Haft, Gewalt und sogar das Leben. In Frankreich zwingt der Staat Frauen, das Kopftuch in der Schule sowie im öffentlichen Dienst abzulegen. Doch auch an anderen Orten riskiert viel, wer das Kopftuch trägt: Jobverlust, Ausschluss und Stigmatisierung. Sie sehen: zwei Länder, zwei Systeme und doch ein Muster. Am Ende entscheidet der Staat über die Frauen und Mädchen. Dabei wird Macht über die Frauen ausgeübt, ihnen wird vorgeschrieben, was sie zu tragen und wie sie sich zu kleiden haben. Das ist nicht liberal. Wir alle sollten gemeinsam junge Mädchen, ob mit oder ohne Kopftuch, was auch immer, unterstützen, dass sie sich selbst finden, dass sie sich treu bleiben und dass sie ihren Weg gut gehen können.
Ich bitte Sie von Herzen, diese islamfeindliche Motion abzulehnen.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Ich persönlich bin als Atheist für eine klare Trennung von Staat und Religion und deshalb für das Verbot von allen religiösen Symbolen in der Schule. Dem würde ich zustimmen. Und wenn man heute Morgen der Regierung und der FDP und jetzt eben auch gerade Claudio Zihlmann zugehört hat, könnte man meinen, über genau das diskutierten wir eben. Aber da muss man sich

schon fragen, ob Sie, Herr Zihlmann, oder auch der Rest Ihrer Fraktion, überhaupt die Motion gelesen hat. Denn für alle, die das getan haben, waren heute weite Teile dieser Diskussion, und eben auch der Redebeitrag des FDP-Fraktionspräsidenten, komplett absurd. Denn die Motion sagt eben genau nicht das. Sie sagt etwas anderes. Sie hat zwei Teile: Beim ersten Teil geht es um das Verbot des Kopftuches für Lehrerinnen, und zwar nur des Kopftuches für Lehrerinnen. Und der zweite Teil ist ein Verbot des Kopftuches für Schülerinnen – nix Verbot von allen religiösen Symbolen, nein. Es geht nur um das Kopftuch. Und nur das Kopftuch zu verbieten, ist nicht mit der Religionsfreiheit vereinbar. Das ist und war immer die Haltung der SP und auch des Bundesgerichts. Bei Kindern religiöse Symbole zu verbieten, das geht ebenfalls nicht. Auch das hat die Rechtsprechung gezeigt. Also der eine Teil der Motion ist überhaupt nicht umsetzbar – das ist jener der Kinder –, der andere nur mit einem generellen Verbot religiöser Symbole für alle Lehrpersonen, was nicht im Sinne der Motion ist. Denn dann müsste man auch das Kreuz und die Kippa verbieten. Das würde dann die Box der Pandora, wie sie heute genannt wurde, eben öffnen. Ich fände das eine spannende Diskussion. Das ist aber heute eben nicht die Diskussion bei dieser Motion.
Deshalb ist es auch absurd, wie hier die Bildungsdirektorin, die jetzt leider nicht mehr da ist, die Unterstützung der Regierung begründet hat. Sie sagt, die Regierung möchte eine verfassungskonforme Umsetzung. Sie ist ja, wie zwei weitere Regierungsratsmitglieder, Juristin. Dabei sollte sie wissen, dass die einzige verfassungskonforme Umsetzung der Motion das sein wird, was ich befürworten würde: keine religiösen Symbole für Lehrpersonen und für Kinder – keine Einschränkungen. Das ist aber nicht diese Motion. Das ist nicht wegzudiskutieren. Das heisst, man könnte diese Motion nicht rechtsstaatlich umsetzen. Und das müssen Sie und auch die FDP und die EVP zur Kenntnis nehmen.
Diese Motion ist nur antimuslimisch. Das ist nicht nur komplett illiberal, es ist eben auch verfassungswidrig. Und verfassungswidrige Forderungen nicht zu überweisen, ist eben auch ein Wert, lieber Herr Zihlmann, einer, den wir hochhalten. Und dieser Fakt wird sich auch nicht mit einer Volksinitiative ändern. Auch mit einer Volksinitiative wäre das Anliegen nicht umsetzbar. Dieser Vorstoss möchte keinen Beitrag für eine religiös neutrale Schule leisten. Er möchte eine religiöse Schule, aber eine christliche. Er möchte nicht differenziert über Grundsätze sprechen, er möchte eine Kulturdebatte vom Zaun brechen. Dass Sie dabei von der FDP, von der GLP, aber auch von der Regierung mithelfen, ist beschämend. Denn Sie sollten es besser wissen. Sie sollten wissen, wie eine Motion funktioniert und wie auch das Bundesgericht funktioniert.
Diese Motion ist für mich als Atheisten, aber auch als Kritiker religiöser Beeinflussung in der Schule, nicht annehmbar. Sie verstösst gegen unsere Bundesverfassung. Nur schon deswegen ist sie abzulehnen.

Urs Wegmann (SVP, Neftenbach): Mit dem Satz «Ich habe ein Buch gelesen» nervt der Polizist im Hörspiel Philip Maloney jede Woche. Ich will Sie nicht nerven, trotzdem: Auch ich habe kürzlich ein Buch gelesen, das mich sehr nachdenklich gemacht hat. Tobias Mani *(Altkantonsrat)* hat es mir hier verdankenswerterweise an seinem letzten Tag im Rat überreicht. Es ist kein schön zu lesendes Buch. Dennoch empfehle ich Ihnen die Lektüre. Der Titel lautet «Piff, Paff, Puff», und es handelt von Prostitution. Auf den ersten Blick scheint dies sehr wenig mit unserem heutigen Traktandum zu tun zu haben. Doch die Autorin zeigt auf, was viele hier drin übersehen. Dass Freiwilligkeit ein komplexeres Thema ist, als es auf den ersten Blick zu sein scheint. Genau diesen Gedanken möchte ich auf unsere Debatte übertragen.
Bedanken muss ich mich bei Suada Mahmudi von der Vereinigung der Islamistischen Organisation in Zürich *(gemeint ist die Vereinigung der Islamischen Organisationen, VIOZ)*. Sie hat uns mit einem Informationsblatt bedient. Denn als ich das gesehen habe, ist mir die Analogie zum Buch bei drei Argumenten direkt ins Auge gestochen, welche beim Thema Prostitution ebenfalls genannt und im Buch ziemlich klar widerlegt werden. Diese drei Argumente haben mich nachdenklich gemacht, nicht weil sie falsch sein müssen, sondern weil sie im Kontext mit dem Kopftuch mit genau umgekehrten Vorzeichen vertreten werden, obschon die Wirkmechanismen dahinter genau die gleichen sind. Die drei widerlegten Punkte aus dem Buch lauten: Pauschalverbote schützten nicht, man müsse Probleme gezielt lösen; es gelte Selbstbestimmung statt Bevormundung der Frau; betroffen seien insbesondere Frauen, die das Kopftuch aus eigener Überzeugung, also freiwillig, trügen. Diese Punkte mögen auf den ersten Blick einleuchten. Doch die Erfahrung zeigt, dass die Realität komplexer ist.
Das zentrale Argument der Gegnerinnen ist die sogenannte Freiwilligkeit. Viele Frauen sagen tatsächlich, sie trügen das Kopftuch aus freiem Willen. Doch erfahrungsgemäss ändert sich diese Wahrnehmung oft erst, wenn sie aus dem unmittelbaren Umfeld herausgelöst sind, wie beispielsweise durch den Schulbesuch ohne Kopftuch. Erst dann stellen manche fest, dass die ursprüngliche Entscheidung vielleicht doch nicht ganz die eigene war – die unbeeinflusste. Erst dann erfahren sie eine andere Normalität. Das alleine sind für mich schon die besten Argumente, diese Motion zu unterstützen. Das Anliegen ist einfach: Wir sollten denjenigen Mädchen den Rücken stärken, die selbstbewusst entscheiden können, was sie tragen wollen – frei von jeglichem Druck. Dafür braucht es klare Regeln, die Schutz bieten und den äusseren Druck eben überwinden. Es darf uns aber auch nicht entgehen, wem wir mit der Ablehnung dieser Motion am meisten Unterstützung geben würden: Islamisten und patriarchal denkenden Männern. Diese fürchten sich nämlich am meisten davor, dass Mädchen erleben könnten, wie es ohne Kopftuch ist, und dass manche dabei erkennen könnten – nicht alle, aber manche –, dass ihre sogenannte Freiwilligkeit eben doch keine war.

Advije Delihasani-Ajdari (SP, Wetzikon): Ich hätte nie gedacht, dass wir im Jahr 2026 ernsthaft darüber diskutieren, ob ein Stück Stoff zur Gefahr für unsere Schulen erklärt werden soll. Als Muslimin betrifft mich diese Motion persönlich, aber sie betrifft weit mehr: Grundrechte, Gleichstellung und die Lebensrealität von Frauen und Mädchen in unserem Kanton. Und ausgerechnet die SVP inszeniert sich hier als Partei der Gleichstellung. Wäre das Thema nicht so ernst, würde ich jetzt laut lachen, denn diese Motion spricht von Neutralität und Gleichstellung. In Wahrheit geht es um Ausgrenzung. Seien wir ehrlich, für Lehrerinnen mit Kopftuch bedeutet diese Motion faktisch ein Berufsverbot. Es ist kein Signal, es ist die Botschaft: So wie du bist, bist du hier nicht erwünscht. Gleichzeitig wird das Kopftuch pauschal als Symbol der Unterdrückung dargestellt. Die Gründe, warum Frauen ein Kopftuch tragen, sind unterschiedlich. Genau deshalb ist ein generelles Verbot kein Schutz, sondern ein Eingriff in die Freiheit.
Die Motion betrifft nicht nur Lehrerinnen, sondern auch Mädchen. Gerade hier braucht es eine Differenzierung. Natürlich müssen wir junge Menschen schützen, wenn sie unter Druck stehen. Das ist unbestritten. Aber ein generelles Verbot ist dafür das falsche Instrument. Der Bundesrat hält fest, dass die Gründe, warum Mädchen ein Kopftuch tragen, vielfältig sind, und genau deshalb ist ein Verbot der falsche Weg. Wollen wir ihnen wirklich sagen: «Deine Entscheidung zählt nicht»? Ich selbst trage kein Kopftuch, aber ich verteidige das Recht anderer Frauen, es zu tun, aus demselben Grund, aus dem ich es nicht tue, weil jede Frau selbst entscheiden soll. Und genau das ist der Kern von Gleichstellung: nicht Vorschriften, sondern Wahlfreiheit. Wenn wir ehrlich sind, entsteht Diskriminierung genau dort, wo der Staat Frauen vorschreibt, was sie tragen oder nicht tragen dürfen. Zwang bleibt Zwang, egal ob er gesellschaftlich, familiär oder staatlich daherkommt.
Die Motion beruft sich zudem auf christliche Werte. Ich frage Sie: Was ist mit Nächstenliebe, Respekt und dem Schutz von Minderheiten? Kopfbedeckungen sind im Übrigen nichts Fremdes, sie gehörten über Jahrhunderte auch in Europa zum Alltag. Sogar unsere Sprache erinnert daran: «Unter die Haube kommen» bedeutete heiraten, weil es selbstverständlich war, dass Frauen danach eine Kopfbedeckung trugen. Was damals als Tradition galt, wird heute zum Problem erklärt. Offenbar haben einige ihre eigenen Traditionen vergessen. Das ist kein Zufall, das ist politisch gemacht. Weiter wird behauptet, eine Lehrerin mit Kopftuch könne unsere Werte nicht glaubhaft vermitteln. Auch das weise ich entschieden zurück. Die Werte unserer Schule hängen nicht an einem Kleidungsstück, sie hängen an Haltung, Kompetenz und daran, wie wir unseren Schülerinnen und Schülern begegnen.
Eine gute Lehrerin bleibt eine gute Lehrerin, mit oder ohne Kopftuch. Man könnte meinen, unsere Schulen seien so fragil, dass sie an einem Stück Stoff scheitern. Und noch etwas: Wir diskutieren hier nicht über ein reales Problem im Schulalltag. Wir sprechen von vielleicht einer Handvoll Lehrerinnen in der ganzen Schweiz und machen daraus eine Grundsatzdebatte mit weitreichenden

Konsequenzen. Diese Debatte schürt Misstrauen und bedient – ich sage es wortwörtlich – antimuslimische Vorurteile. Sie trifft nicht nur Lehrerinnen, sondern auch muslimische Mädchen und vermittelt ihnen schon früh, dass sie nicht willkommen sind. Und genau das ist das eigentliche Problem, nicht das Kopftuch. Eine offene Gesellschaft zeigt ihre Stärke nicht darin, wie sie Mehrheiten schützt, sondern darin, wie sie mit Minderheiten umgeht. Diese Motion ist deshalb nicht nur unnötig, sie ist gefährlich: gefährlich für Grundrechte, für die Gleichstellung und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
Eine Gesellschaft wird nicht freier, indem sie verbietet, sondern indem sie Freiheit schafft und aushält. Ich bitte Sie deshalb, lehnen Sie diese Motion ab.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich): Einige Punkte sind bei dieser, aber auch bei der vorangegangenen, Debatte durchaus bemerkenswert, wie mir scheint. Erstens erleben wir eine gewisse Bagatellisierung der Debatten. Heute Vormittag wurden ernsthaft Tamagotchis mit Smartphones, -watches oder -glasses *(Datenbrille)* verglichen. Und danach hat Alexander Jäger das Tragen eines Fan-Schals mit dem Tragen eines Kopftuchs in Verbindung gesetzt. Beide Vorstösse, über die wir heute beraten, haben weitreichende Folgen für viele Menschen im Kanton Zürich. Wir sollten diese ernst nehmen und ernsthaft evaluieren und nicht irgendwelche saloppen Stammtischsprüche raushauen. Ganz abgesehen davon sind rechtspopulistische Vorstösse wie dieser auch einer sachlichen Diskussion und Lösungsfindung nicht wirklich dienlich.
Und damit komme ich zum zweiten Punkt: Die SVP fordert heute schon zum zweiten Mal ein Verbot. Die SVP-Redner vorhin haben zwar mehrfach vehement betont, dass es sich nicht um ein Handyverbot handle. Genau das war es aber, und auch jetzt reden wir wieder über ein Verbot. Und es ist leider nicht das erste Mal, dass Sie unsere muslimischen Mitbürgerinnen mit Verboten gängeln wollen – Minarett- und Burkaverbot seien hier nur am Rande erwähnt. Ich frage mich schon, ob das V im Parteinamen statt für «Volk» vielleicht eher für «Verbot» stehen sollte.
Und dann komme ich noch zum dritten und letzten Punkt: Tobias Infortunas Votum schien mir etwas unglücklich und wirr, ob bewusst oder unbewusst, weiss ich nicht. Zuerst hiess es nämlich von seiner Seite, Frauen dürften sich verhüllen und die SVP hätte keine Probleme mit dem Islam, einige Atemzüge später dann aber doch: Die Verhüllung habe mit einer radikalen Auslegung des Islams zu tun und hänge damit zusammen. Infortunas Kollegen haben dann noch den politischen Islam und das Regime im Iran ins Feld geführt. Diese seien frauenfeindlich, darum müsse die SVP nun die Frauen in der Schweiz schützen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass beide Kräfte, muslimische Fundamentalisten beziehungsweise Extremisten sowie SVP-Rechtspopulisten, den gleichen paternalistischen Ansatz wählen und am besten zu wissen scheinen, was für Frauen gut ist oder auch nicht. Beide sind sich da in ihrer Herangehensweise wohl etwas näher, als ihnen lieb sein kann. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SVP, unter

dem Deckmantel des Feminismus Politik auf dem Buckel von Minderheiten zu machen, nimmt Ihnen niemand ab, egal wie oft Sie das wiederholen.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Ich möchte mich zuerst für die bis jetzt doch sehr respektvolle und faire Debatte bedanken, die für dieses Thema auch angebracht ist. Geht es doch um die Zukunft unserer Gesellschaft und speziell der jungen Generation. Gerade als europäische Gesellschaft, als mitteleuropäische Durchschnittsgesellschaft, in der wir noch sehr viel Zuwanderung in den nächsten Jahren zu erwarten haben, um überhaupt die bisherige Bevölkerungszahl und die Systeme halten zu können, wird die Wertefrage künftig eine grosse Rolle spielen. Und deshalb muss ich klar dagegenhalten. Wir bearbeiten nicht ein Thema und polemisieren nicht. Sondern wir bringen eben Licht ins Dunkel, wir bringen Themen aufs Tapet und diskutieren das, bevor extremere Kräfte sich dessen annehmen oder sich im Volk eine grössere Negativhaltung zu einzelnen religiösen Gruppen entwickelt. Ich denke, das ist der grosse Gewinn der Demokratie und es ist unsere Pflicht, dies heute hier zu diskutieren.
Und wenn ich dann ein bisschen über den Kanton Zürich hinausgehe, die Geschichte anschaue, dann waren es ja gerade muslimische Gesellschaften – wie auch bei uns im christlichen Umfeld die Politik im 19. Jahrhundert –, die sich von den Religionen befreien wollten und austarieren mussten, wo die Grenzen sind. Und das machen wir eigentlich bis heute. Heute macht nicht mehr ein Priester den amtlichen Eheschluss, sondern diesen macht seit 1848 der Staat. Und das hat sich weiterentwickelt, und heute müssen wir darüber debattieren, wo es nötig ist, Leitplanken für die Zukunft zu setzen, welche Werte wir der Generation von morgen mitgeben wollen. Und ich glaube, es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, ein Erfolgsmodell auch mit dieser Offenheit so weiterzuführen, die diesen Wohlstand und diesen Frieden ermöglicht hat. Ich möchte da nicht einen Generalverdacht gegen irgendwelche zukünftigen Aktivitäten äussern, aber wir haben das auch andernorts. Man will alles regeln, und deshalb ist es nicht falsch, wenn man als Staat das Aussehen, das Sich-Kleiden in der Schule, halt einmal regelt – ein liberaler Sündenfall. Der Staat sollte wirklich nur das regeln, was er muss, wozu er das Recht hat. Aber hier muss ich wirklich sagen: Mit Blick auf die Zukunft als Gesellschaft und als Politik haben wir die Pflicht, uns zu unserer Vorstellung, wie sich Schülerinnen oder Lehrkräfte punkto Kopftuch kleiden sollen, zu äussern.
Und mit Respekt und mit Blick auf eine säkulare, friedliche Gesellschaft werde ich dieser Motion mit Blick auf die Zukunft gerne zustimmen.

Lejla Salihu (SP, Winkel): Lieber Ratskollege Urs Wegmann, ich muss Sie korrigieren. VIOZ ist die Vereinigung der Islamischen und nicht der Islamistischen Organisationen in Zürich. Das ist kein unwesentlicher Unterschied. Eigentlich wollte ich mein Votum anders beginnen. Soweit ich weiss, bin ich eine von drei Musliminnen in diesem Rat und auch aus dem Kosovo stammend, lieber Herr Hans Egli. Offensichtlich trage ich selbst kein Kopftuch und ich wollte mich nicht allein aufgrund meiner Nähe zum Thema in diese Debatte einschalten. Denn aus

meiner Sicht beginnt politische Verantwortung gerade dort, wo sie über die eigene Betroffenheit hinausgeht. Aber wenn ich Sie, Kollege Infortuna, höre, wie Sie heute Vormittag gesagt haben, dass es traurig sei, wenn Mädchen mit Kopftuch im Privaten minderwertig behandelt werden, oder wenn Kollegin Bossert über Schande und psychische und physische Gewalt spricht, die ein Mädchen erleide, wenn sie ihr Kopftuch ablegt, dann frage ich mich schon, ob Sie wirklich und wie oft Sie mit Personen mit Kopftuch gesprochen haben, auch wenn Sie das heute behauptet haben. Was wissen Sie über die Realitäten dieser Menschen mit Kopftuch wirklich, und was existiert vielleicht nur in Ihrer Vorstellung und vielleicht aufgrund von Vorurteilen? Irritiert bin ich vor allem auch von der Aussage von Domenik Ledergerber. Was meinst du mit «politischem Islam»? Was hat die Situation im Iran mit dem Kopftuch eines Mädchens in einem Zürcher Schulhaus zu tun? Aus meiner Sicht nichts. Solche Aussagen dienen nur dazu, Bilder in den Köpfen der Anwesenden zu generieren, die rein gar nichts mit der heutigen Abstimmung zu tun haben. Sie machen Symbolpolitik, beschäftigen hier über 200 Menschen, um einigen wenigen muslimischen Frauen zu verbieten, als Lehrperson zu arbeiten, Vorbild zu werden, selbstbestimmt ihr Geld zu verdienen.
Ich kann Ihnen sagen, in meinem Umfeld gibt es viele muslimische Frauen mit und ohne Kopftuch. Als feministisch denkende Person interessiert mich natürlich, weshalb eine Frau sich für oder gegen ein Kopftuch entscheidet. Keine einzige dieser Frauen hat diese für sie wichtige Entscheidung für oder gegen ein Kopftuch aufgrund von Unterdrückung oder einem Verbot, das Kopftuch abzulegen, getroffen. Die Befürworterinnen dieser Motion verlangen nun ein Verbot des Kopftuchs in den Zürcher Schulen für Lehrpersonen und Mädchen. Die Einzigen, die die Selbstbestimmung der muslimischen Frauen in unserer Gesellschaft angreifen, sind Sie. Ein Kopftuchzwang ist falsch. Ein Kopftuchverbot macht aus Fremdbestimmung aber noch keine Selbstbestimmung und ist genauso falsch.
Bitte lehnen Sie diese Motion ab.

Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon): Im Rathaus hängt ein Plakat mit der Aufschrift «Frau, Leben, Freiheit». Sie wissen es, das ist der Slogan der iranischen Protestbewegung gegen die Unterdrückung von Frauen. Und natürlich, wir haben es soeben gehört, sind die Verhältnisse im Iran nicht mit einer Zürcher Schule vergleichbar. Genauso wenig statthaft ist im Übrigen der Vergleich des iranischen Regimes mit der SVP. Aber der Slogan passt zu unserer Debatte. Zur Freiheit gehört eben auch, die Freiheit zu haben, kein Kopftuch tragen zu müssen. Nicht jede Kopftuchträgerin steht unter Druck, aber auch nicht jede trägt das Kopftuch freiwillig. Uns deshalb Muslimfeindlichkeit oder mangelnden Respekt zu unterstellen, löst dieses Problem nicht. Es erspart höchstens, genauer hinzuschauen, und deshalb braucht es klare Regeln für die öffentliche Schule.

Marion Schmid (SP, Zürich): Ich trage kein Kopftuch, aber ich trage ein religiöses Symbol. Ich bin gläubige Christin und ich trage ein Kreuz – immer. Ich könnte es abziehen, das wäre für mich wohl weniger einschneidend als für eine Muslima,

die ein Kopftuch trägt; aber ich sehe nicht ein, warum. In diesem Sinne möchte ich die heutige Debatte noch ein bisschen öffnen. Denn Silvia Steiner, unsere Bildungsdirektorin, hat auch davon gesprochen, dass sie eine Regelung schaffen möchte, die alle religiösen Symbole betrifft. Und damit bin ich auch mitgemeint und möchte mich mit muslimischen Frauen solidarisieren, die ein Kopftuch tragen. Es wird hier viel über die neutrale Volksschule gesprochen, und gemeint ist damit eine Volksschule, die Abwesenheit von religiösen Symbolen meint. «Neutral» im Sinne einer pluralistischen Volksschule kann aber auch Raum lassen für persönliche, religiöse, weltanschauliche oder andere Sichtweisen – von mir aus auch das Commitment zu einem Fussballclub. Gleichzeitig fordert eine pluralistische Volksschule das konsequente Einstehen für und die Vermittlung von gemeinsamen demokratischen Grundrechten wie der Gleichstellung oder der Religionsfreiheit.
Hier wird in der Motion mit völlig unterschiedlichen Ellen gemessen. Denn man muss hier unterscheiden: Wenn die SVP sagt, dass Kruzifixe aus den Schulzimmern verschwunden seien, stimmt das. An den Wänden sind sie verschwunden, aber nicht in den Menschen. Wichtig ist nicht, was die Menschen im Klassenzimmer tragen. Wichtig ist, welche Werte sie unseren Kindern vermitteln. So ist die Motion der SVP entweder inkonsistent oder dann schlicht verlogen. Tobias Infortuna argumentiert, dass eine liberale Auslegung des Korans keine Pflicht zum Kopftuchtragen vorsieht. Das Tragen eines Kopftuchs sei somit ein Symbol der Unterdrückung und daher zu bekämpfen. Man führe sich hier vor Augen: Wir reden von Lehrerinnen, also Frauen, die eine Hochschule abgeschlossen haben, die einen Beruf ausüben und die ihr eigenes Geld verdienen. Wenn Sie damit primär die unterdrückten Frauen meinen, dann weiss ich nicht, aber Sie sollten da vielleicht an anderer Stelle ansetzen.
Wenn Sie den Islamismus und patriarchale Strukturen bekämpfen möchten, dann sollten Sie die liberalen Strömungen innerhalb des Islams stärken. Dann sollten Sie Frauen, die ein Kopftuch tragen und gleichzeitig einen Beruf ausüben und ihr eigenes Geld verdienen, dann sollten Sie genau diese Frauen stärken und ihnen einen Platz in unserer Gesellschaft und damit auch in der Volksschule ermöglichen.
Und hier noch eine Ergänzung, die ich besonders stossend finde: Die Einschränkung gilt ja für die öffentliche Schule, für private Schulen wäre eine solche Vorgabe nicht möglich. Dies drängt Menschen muslimischen Glaubens aus der Volksschule und in die privaten Schulen. Dies kommt einer Desintegration gleich und steht damit diametral im Widerspruch zu den Forderungen, die Sie stellen, den Forderungen nach Integration und der Einbindung von fortschrittlich liberalen Kräften.
Bitte lehnen Sie diese Motion ab.

Sibylle Marti (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe mir nun diese Debatte angehört, und diejenigen, die ja dieses Verbot durchsetzen wollen, sagen im Prinzip alle, es ginge ihnen darum, patriarchales Denken, patriarchale Rollenbilder, patriarchale Macht abschaffen zu wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der rechten Ratsseite, von der SVP und von der FDP, wenn es wirklich darum ginge, dann wäre ich die Erste, die hier frühmorgens mit Ihnen ist und voller Freude meinen Knopf drückt. Aber natürlich geht es eben nicht darum. Wir können patriarchale Verhältnisse, die es in unserer Gesellschaft selbstverständlich überall gibt, nicht mit so einem Vorstoss einfach beiseite wischen. Das Einzige, was dieser Vorstoss macht, ist Folgendes: In Bezug auf die Mädchen – das habe ich schon gesagt, das wurde Ihnen wiederholt erklärt, das wollen Sie einfach nicht einsehen – wird das sowieso nicht umsetzbar sein. In Bezug auf Frauen, auf Lehrpersonen ist das Einzige, was dieser Vorstoss macht – im schlimmsten Fall –, dass er muslimische Frauen vor die Wahl stellt, ob sie lieber ihr Kopftuch tragen oder ob sie lieber den Beruf, den sie erlernt und den sie studiert haben, ausüben möchten. Und das ist doch, wenn es einem wirklich um Gleichstellung und um Frauenrechte geht, eine wirklich, wirklich schlechte Wahl.
Lehnen Sie diesen Vorstoss ab.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich möchte noch im Zusammenhang mit dem Schlagwort «Grundrecht», das gefallen ist, oder auch faktischem Berufsverbot, sprechen. Irritierend ist, dass es noch nicht allzu lange her ist, dass derselbe Rat darüber beraten hat, ob sowohl öffentliche als auch private Heime die Sterbehilfe in ihren Räumlichkeiten tolerieren müssen *(Vorlage 6009)*. Ich bitte Sie, mir zuzuhören. Damals habe ich auch gesagt, dies käme einem faktischen Berufsverbot für gewisse Pflegerinnen und Pfleger gleich – und nicht nur, dass Sie diesen Personenkreisen die Möglichkeit in öffentlichen Heimen nehmen, in einer Institution zu arbeiten, wo das toleriert werden muss, sondern explizit auch in privaten Heimen. Und ich möchte in diesem Zusammenhang einfach daran erinnern, dass Artikel 15 der Bundesverfassung, derselbe Artikel, nicht nur von Religionsfreiheit spricht, sondern von Religions- und Gewissensfreiheit. Und daher, geschätzte Damen und Herren von der linken Seite, störe ich mich massiv daran, dass Sie dieses Grundrecht auf die Berufsausübung bei der Sterbehilfe, also bei der Pflege, so auslegen und jetzt hier bei Lehrpersonen wieder anders. Also, wenn Sie der Meinung sind, dass es einer Person, welche Sterbehilfe aus Gewissensgründen ablehnt, offenbar zuzumuten ist, dieses Gewissen abzulegen, wenn sie im Kanton Zürich in der Pflege arbeiten will, dass es aber einer Lehrerin offenbar nicht zuzumuten ist, das Kopftuch abzulegen, wenn sie in der Zürcher Volksschule – nicht in Privatschulen – unterrichten will: Dann messen Sie meines Erachtens mit zwei völlig verschiedenen Ellen. Insofern haben Sie sich mit einem wesentlichen Argument selber entlarvt, als wir die Debatte bei der Sterbehilfe vor ein paar Wochen hier drin führten.

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte gerne noch ein Argument einführen, das hier noch nicht besprochen wurde. Ich nehme dein Votum zur Kenntnis, FDP-Fraktionspräsident Zihlmann. Du sagst, die Schule sei der säkulare Raum der Gleichstellung. Ja, die Schule ist oft der Ort, an dem Mädchen andere Lebensentwürfe kennenlernen. Es ist der Ort, an dem sie Freundschaften schliessen, ja, es ist der Ort, an dem sie Selbstvertrauen entwickeln, der Ort, an dem sie eigene Perspektiven und eigene Handlungsspielräume gewinnen. Aber wer Mädchen stärken will, hält ihnen die Türe zur Bildung und zur Teilhabe offen. Wer Mädchen wirklich stärken will, baut Brücken und schafft Vertrauen, und wer Mädchen stärken will, drängt sie nicht aus dem öffentlichen Raum.
Die Motion behauptet, Frauen und Mädchen retten zu wollen. Aber viele muslimische Frauen sagen dazu etwas ganz Einfaches, nämlich: Ihr glaubt, ihr rettet uns, indem ihr uns dazu zwingt, uns auszuziehen. Dieser Satz trifft den Kern des Problems. Wer Frauen zwingt, ein Kopftuch zu tragen, kontrolliert Frauen, und wer Frauen verbietet, ein Kopftuch zu tragen, kontrolliert Frauen ebenfalls. Der Unterschied liegt lediglich darin, wer die Kontrolle ausübt; die Logik bleibt dieselbe. Und ja, wie es Sibylle Marti gesagt hat: Wenn wir patriarchale Kontrolle bekämpfen wollen, dann müssen wir dort ansetzen, wo sie tatsächlich entsteht, nämlich beim Zwang, wie bei dem, den Sie jetzt gerade einführen wollen, bei Gewalt, bei Abhängigkeit, bei fehlendem Zugang zur Bildung, bei fehlendem Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie behaupten, muslimische Frauen befreien zu wollen. Aber Freiheit entsteht nicht dort, wo Sie entscheiden. Freiheit entsteht dadurch, dass Frauen selbst entscheiden. Denn Freiheit lässt sich nicht verordnen.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Fünf Gründe, warum dieser Vorstoss richtig und wichtig ist. Erstens, die Neutralität des Staates: Unser säkularer Rechtsstaat schützt die Religionsfreiheit gerade dadurch, dass er selbst neutral bleibt. In der Schule, vor Gericht, am Schalter eines Amtes hat der Staat ohne demonstrative religiöse Zeichen aufzutreten. Diese Neutralität schützt am Ende die Freiheit aller.
Zweitens, die gemeinsame Wertehaltung: Eine offene Gesellschaft trägt nur, wenn ein Grundkonsens geteilt wird: Gleichberechtigung, individuelle Freiheit, der Vorrang des Rechts vor religiösen Geboten. Wer Integration ernst meint, muss zuerst über dieses Fundament reden, nicht darum herum.
Drittens, die Gleichstellung von Mann und Frau: Sie wurde erkämpft, sie ist nicht verhandelbar. Eine Ordnung, in der sich die Frau zu bedecken hat und der Mann nicht, dürfen wir in unseren Institutionen nicht normalisieren.
Viertens, der Schutz unserer Mädchen: Bei Kindern wiegt er besonders schwer. Die Schule soll ein neutraler Raum sein, in dem ein Kind lernt, selbst zu entscheiden, und nicht schon als Mädchen religiös markiert und unter Druck gesetzt wird. Kinder gehören nicht unter religiösen Zwang.
Fünftens, der Zusammenhalt: Je mehr sich Gruppen sichtbar voneinander abgrenzen, desto mehr zerfällt unsere Gesellschaft in Parallelwelten. Ein gemeinsamer

öffentlicher Raum, frei von demonstrativen Abgrenzungen, stärkt das Verbindende, und das ist der Kern. Nicht das Verbot spaltet unsere Gesellschaft, die fortschreitende Abschottung tut es.
Ich weiss, man wird mir Intoleranz vorwerfen, doch das Gegenteil ist wahr. Wer für ein gemeinsames Wertefundament einsteht, verteidigt genau jene Freiheit, von der alle profitieren – auch die Gläubigen selbst. Toleranz heisst nicht, jede Abschottung hinzunehmen. Toleranz heisst, auf gemeinsamem Boden zu stehen. Setzen wir uns für diesen gemeinsamen Boden ein.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Ich möchte noch auf zwei Sprecherinnen von der SP replizieren. Sibylle Marti hat gesagt, sinngemäss, man dränge dann Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen Raum, und es wurde von ihrer Seite auch gesagt, man dränge sie aus den öffentlichen in die privaten Schulen. Wenn das die Folgen wären, dann würde das ja gerade offenlegen, dass Integration nicht gemacht wird und sie sich dann zurückziehen. Darum ist dieser Schritt mit dem Kopftuchverbot richtig. Und an Frau Abou Shoak möchte ich sagen, dass Sie sinngemäss gesagt haben, Freiheit entstehe dort, wo Individuen selber entscheiden könnten. Aber ein sechs- oder siebenjähriges Mädchen mit Kopftuch, so wie ich das beim Schulhaus Sihlfeld am 18. August bei der Einschulung gesehen habe, das entscheidet nicht selber. Hier müssen wir Hilfestellung geben, dass die Kinder Erfahrungen machen können, wie es ohne Kopftuch ist, und dass sie dann entscheiden können, wenn sie erwachsen sind, was sie tun wollen.

Anita Borer (SVP, Uster): Auch ich bin der Debatte aufmerksam gefolgt. Und, liebe Gegner dieser Motion, euer Widerspruch entlarvt euch. Ihr bekämpft patriarchalische Rollenbilder in der Sprache, in der Familie, im Beruf. Aber beim Kopftuch, einem Ausdruck genau dieser Rollenbilder, ist das für euch plötzlich kein Problem mehr. Das ist unglaubwürdig. Damit lasst ihr genau jene Mädchen allein, die unseren Schutz brauchen. Und dafür sind wir verantwortlich, Sibylle Marti. Und, Silvia Rigoni und Nicole Wyss: Ihr habt die Frauenrechte erwähnt. Bei uns in der SVP sind Frauen gleichgestellt, selbstbewusst und eigenständig. Wir müssen Frauen nicht zuerst zu Opfern erklären, um sie ernst zu nehmen, und wir brauchen dafür auch keine staatlichen Mittel. Da sind wir offenbar einen Schritt weiter als ihr. Und, Mandy Abou Shoak, Sibylle Marti, Thomas Forrer: Eure ständigen Unterstellungen, wir wären populistisch oder gegen Minderheiten, sind ein unseriöses Ausweichmanöver, damit ihr eure Scheuklappen nicht abnehmen müsst. Ihr verschliesst einfach die Augen vor einer unbequemen Wahrheit, und diese ist einfach ein Fakt.
Das Kopftuch ist eben doch ein Symbol und eine klare Botschaft: Mädchen sollen sich bedecken, Buben nicht. Es markiert das Mädchen und sagt, «für dich gelten andere Regeln». Das unterscheidet das Kopftuch auch von allen anderen religiösen Symbolen, Rafael Mörgeli oder Marion Schmid, wie ihr das erwähnt habt. Weiter ist das Argument, die Mädchen würden selbst entscheiden, schlicht naiv. Wir alle wissen, ein Kind will dazugehören, es will seine Eltern nicht enttäuschen.

Es spürt, dass von ihm etwas erwartet wird, und dann soll ein Mädchen zu Hause Nein sagen? Darum soll die öffentliche Schule Grenzen setzen und Haltung zeigen: Mädchen und Buben sind gleich, sie haben dieselben Rechte. Diese Rechte gelten für alle, ohne Ausnahme.
Darum unterstützen Sie bitte diese Motion.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Ich glaube, wir haben alle Argumente ausgetauscht, alle haben ihre Freiheitsbegriffe nochmals erläutert. Aber etwas wurde nicht erläutert, und ich bitte doch Herrn Infortuna, sollte er sich zum Schluss noch einmal melden, uns doch noch die Fakten – nachdem jetzt viele über Ideologie und unsere eigenen Auslegungen geredet haben –, uns die Fakten darzulegen. Und ich wiederhole gerne nochmals meine Fragen, Herr Infortuna: Haben Sie mit Mädchen gesprochen, die ein Kopftuch tragen, und haben Sie sie auch über den Inhalt dieses Vorstosses informiert und ihre Meinung dazu abgeholt? Zu Frage zwei: Mit welchen muslimischen Organisationen und mit welchen muslimischen Glaubensgemeinschaften haben Sie über diesen Vorstoss gesprochen und sie gefragt, wie sie dazu stehen? Und meine dritte Frage: Wie viele Lehrpersonen, die im Kanton Zürich vor der Klasse stehen, tragen ein Kopftuch? Das ist essenziell, wenn Sie ein Verbot verlangen. Da müssen Sie ja schon wissen, was überhaupt die Grundlagen dafür sind.

René Isler (SVP, Winterthur): Schönen guten Mittag, Frau Kantonsratspräsidentin, sehr verehrter Herr Baudirektor *(Regierungsrat Martin Neukom).* Sie wähnen sich vermutlich auch im falschen Film. Zwei Sachen sind da anzumerken: Also, erstens glaube ich, wir haben alle da gewonnen. Es gibt nicht mehr viele Länder auf dieser Erde, in denen man so offen über so ein wichtiges Thema reden darf. Und was mich eigentlich ein bisschen erstaunt, ist, wir haben ja sehr viele Lehrpersonen in diesem Rat, ich meine, auf der linken Seite – aber ich kann mich auch täuschen – etwas mehr als auf unserer Seite. Und es erstaunt mich schon, dass da nicht mehr Optik und ein bisschen mehr Realität in diesen Ratssaal kommt. Ich wohne in Winterthur neben dem Schulhaus Steinacker, das ist die Unter- und Mittelstufe. Und wenn ich höre, was für Probleme Lehrpersonen eben genau mit solchen Kindern, kleinen Kindern mit muslimischem Glauben, haben: Sie dürfen nicht in den Turnunterricht oder sollten nicht in den Turnunterricht, Schwimmunterricht geht schon gar nicht. Und das haben wir da drinnen schon mal diskutiert, jetzt stehen die ersten Klassenlager an, man darf auch nicht mitgehen. Ja, wenn ja das so eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn diese kleinen Mädchen, sieben- bis achtjährige, das alles freiwillig machen würden. Glauben Sie mir, dass ein Mädchen nicht allein oder nicht aus ganzem Herzen mit seinen neuen «Gschpänli» in ein Klassenlager gehen möchte? Da ist doch irgendwo ein Druck vorhanden. Es darf nicht, und die Lehrperson hat jedes Mal die grössten Handstände zu machen, damit es wenigstens tageweise dabei sein kann, wenn die Klasse im Verbund irgendetwas in diesem Klassenlager macht, weil es in der 1. bis 3. Klasse nicht sehr weit weg ist. Um sich besser kennenzulernen, darf es tageweise in die Schule

kommen, aber übernachtet wird zu Hause. Und jetzt sagen Sie mir mal, dass dies der freie Wille dieser Kinder ist, dass die tragen dürfen, was sie wollen. Die tragen dann aber am Ende des Tages etwas, weil irgendjemand zu Hause, der Vater, der Onkel, der Grossvater, der Cousin von unten, diesem Kind sagt, was es zu tragen hat und was nicht. Das sind dieselben, die sagen, du darfst nicht in den Schwimmunterricht, du darfst nicht ins Klassenlager. Und das ist doch die Realität. Was reden wir denn da für schöne Sachen. Das glaube ich Ihnen auch. Aber da haben wir ein Problem und da staune ich, dass die Lehrpersonen auf dieser Seite bei euch *(der Votant zeigt auf die linke Ratsseite)* nicht auch mal gesagt haben, wir hätten ein Problem. Fragen Sie doch mal Ihre Lehrerschaft.
Ich habe fertig und ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa) spricht zum zweiten Mal: Wir haben jetzt viel über die so grossen Errungenschaften der Schweiz und unser System gesprochen, jetzt auch wieder. Aber eine der grössten Errungenschaften ist eben der Rechtsstaat. Wir haben Rechte, die gelten, wir haben ein Rechtssystem, das klar regelt, wer für was zuständig ist. Eines dieser Gesetze ist das ZGB *(Zivilgesetzbuch)*, Herr Isler. Das regelt, dass die Eltern für die Religion der Kinder zuständig sind. Das ist einfach mal so, und es ist eben auch klar, dass das Verbot, wenn man es nur auf ein religiöses Symbol beschränkt, rechtsstaatlich nicht durchführbar ist. Das ist Fakt. Wenn Sie jetzt diese Motion trotzdem überweisen, dann treten Sie die Rechtsstaatlichkeit ja doch ein bisschen mit Füssen.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Wir haben einen Ordnungsantrag von Jasmin Pokerschnig.

Ordnungsantrag

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Ich denke, alle haben sich geäussert, jede Fraktion dreimal, viermal, fünfmal.

Und deshalb beantrage ich jetzt die Schliessung der Rednerliste.

Abstimmung
Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 74 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), dem Antrag von Jasmin Pokerschnig zuzustimmen und die Rednerliste zu schliessen.

Tobias Infortuna (SVP, Egg) spricht zum zweiten Mal: Ich durfte gerade noch drücken, weil Thomas Forrer meine Antworten vorher so dringend interessiert haben – eigentlich ist es gar nicht interessant, aber egal. Ich hätte auch noch ganz viel anderes zu beantworten, aber ich verzichte darauf. Es wird dann noch genug diskutiert werden, wenn es zu einer allfälligen Volksabstimmung kommt. Ich glaube, das wird dann endlos werden. Die Meinungen sind gemacht. Aber die

Fragen von Thomas Forrer waren mal, ob ich Frauen mit Kopftüchern kenne. Ja, ich kenne Mädchen, die Kopftücher tragen, aber eigentlich, weil es in der Familie getragen wird. Die Mutter trägt es. Vielleicht ändert sich da etwas, wenn die Kinder in die Pubertät kommen; das kann ich nicht beurteilen. Jetzt sind es noch Kinder, aber die tragen es einfach, weil es so ist in ihrer Familie. Ich kenne auch zwei erwachsene Frauen, die ihr Kopftuch tragen. Bei beiden bin ich sehr unsicher, ob sie das freiwillig tun. Aber ich kann nur für mich persönlich sprechen, nicht für die anderen. Ich kenne aber muslimische Frauen, die ein Verbot an den Schulen befürworten. Von islamischen Organisationen wurde ich in den letzten Wochen reichlich mit Mails und auch mit Post eingedeckt. Da habe ich also einen guten Einblick in ihre Sichtweise erhalten. Und wie viele betroffene Frauen es an den Schulen gibt, dazu hat nicht einmal die Bildungsdirektion eine Statistik. Man merkt aber, es ist im Kommen, gerade bei den Mädchen. In den letzten Jahren hat das massiv zugenommen. Da braucht man keine Statistik, um das zu sehen.

Abstimmung
Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 82 Stimmen (bei 6 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 379/2025 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.